

**Annoncen-
Annahme-Bureau**
In Posen außer in der
Expedition dieser Zeitung
(Witthelmsstr. 16.)
bei C. F. Ulrich & Co.
Breitestraße 14.
in Gnesen bei Th. Spindler,
in Grätz bei T. Streifand,
in Breslau b. Emil Kabath.

Posener Zeitung.

Einundachtzigster Jahrgang.

**Annoncen-
Annahme-Bureau**
In Berlin, Breslau,
Dresden, Frankfurt a. M.,
Hamburg, Leipzig, München,
Stettin, Stuttgart, Wien,
bei G. F. Dandl & Co.,
Hanselstein & Vogler,
Rudolph Wolff.
In Berlin, Dresden, Osnabrück
beim „Invalidendank“.

Nr. 140.

Das Abonnement auf dieses täglich drei Mal
erscheinende Blatt beträgt vierteljährlich für die Stadt
Posen 4½ Mark, für ganz Deutschland 5 Mark 45 Pf.
Bestellungen nehmen alle Postämter des deut-
schen Reiches an.

Montag, 25. Februar
(Erscheint täglich dreimal.)

Inserate 20 Pf. die sechsgehaltene Zeile oder deren
Raum, Reklamen die Zeile 50 Pf., sind an die
Expedition zu senden und werden für die am fol-
genden Tage Morgens 7 Uhr erscheinende Nummer bis
6 Uhr Nachmittag angenommen.

1878

Depeschen über den Krieg im Orient.

I. Vorgänge in den kriegführenden Staaten.

Petersburg, 23. Februar. Die „Agence Russe“ sagt, die Friedensverhandlungen mit der Pforte schritten vor. Um dieselben zu beschleunigen, verlege der Großfürst Nikolaus mit Rücksicht auf die entferntere Lage von Adrianopel im Einverständnis mit der Pforte sein Hauptquartier nach San Stefano.

London, 23. Februar. Dem „Reuter'schen Bureau“ wird aus Konstantinopel vom 23. d. gemeldet, daß Großfürst Nikolaus und Sabjet Pascha voraussichtlich am 24. d. in San Stefano zusammen treffen werden.

Petersburg, 23. Februar. Der „Golos“ wendet sich in seinem sehr scharfen Artikel gegen die Verzögerungen der russisch-türkischen Verhandlungen und betont besonders, daß es Zeit sei, den sich in die Länge ziehenden Verhandlungen ein Ende zu machen. Entweder solle das englische Geschwader sich nach der Besatzung zurückziehen, oder die Pforte solle einen handgreiflichen Beweis erhalten, daß sie vergeblich auf die Anwesenheit der englischen Monitors im Marmarameer rechne. Man solle der Türkei ankündigen, daß falls der Friede an einem gewissen möglichst nahe zu bestimmenden Tage nicht unterzeichnet werde, die Feindseligkeiten wieder aufgenommen werden würden.

Bukarest, 23. Februar. Die Festung Ruskul, welche von den Türken geräumt worden ist, ist heute von russischen Truppen besetzt worden. Die Einleitungen zur Wiederaufnahme der Dampfschiffahrt auf der Donau sind getroffen.

Petersburg, 23. Februar. Offizielles Telegramm aus Tiflis vom 22. d. Mts. Am 21. d. besetzten ein Bataillon des Erivan'schen Regiments, sowie das Grusische Grenadierregiment die Hauptforts der Befestigungen von Erzerum, sowie Medschidje und Aisfe. Die Stadt ist ruhig. Ismail Pascha ist über Ildischa nach Erzinghian abgereist.

Konstantinopel, 21. Februar. (Auf indirektem Wege.) Eine Karavane von Tscherkesen, welche auf der Reise nach Konstantinopel die russischen Linien bei Tschataldja passierte, weigerte sich, die Waffen abzugeben und wurde erst nach einem Kampf mit den russischen Truppen entlassen.

Bukarest, 24. Februar. Der „Monitorul“ veröffentlicht ein türkisches Dekret, betreffend die Aufhebung des Belagerungszustandes. **Bukarest, 23. Febr.** Die Deputiertenkammer beschloß anlässlich des Wagonangangs die Regierung aufzufordern, Maßregeln zu treffen gegen die Mißbräuche der Bahnbeamten und der bei der Bahn angestellten russischen Beamten, die sich bei dieser Gelegenheit herausstellten.

Athen, 22. Februar. Beträchtliche türkische Streitkräfte mit Artillerie machten einen Ausfall aus Bolo und schlugen die Insurgenten bei Platanos.

II. Internationale Beziehungen.

Wien, 24. Februar. Die „Montagsrevue“ meint, auch das Wiener Kabinett billige die Ansicht, daß eine einfache Wiederherstellung des status quo nach so namhaften Opfern Rußlands unmöglich sei, aber bei einem Kriege, der vorwiegend um moralischer Interessen willen geführt würde, dürfe man über diese nicht allzuweit hinausgreifen. Der Kriegsrühm, die Waffenehre und das Ansehen des staatlichen Namens müßten in den Siegespreis eingerechnet werden; für den Frieden bleibe es indessen entscheidend, daß nur ein solcher auf innere Berechtigung und unbedingte Billigung aller Mächte Anspruch habe, welcher die Bedingungen der praktischen Stabilität und die Schöpfung einer konsolidierenden konservativen Ordnung der orientalischen Verhältnisse verbürge. Mit diesem Programme, welches Oesterreich auf der Konferenz vertreten werde, werde es sich nicht isoliert befinden. Nur das Interesse, den wirklichen Frieden herbeizuführen, stehe bei allen Mächten im Vordergrund, nicht Palliative, welche nur augenblickliche Gefahren beseitigten, um die ernststen und tiefgreifenden Gefahren eines unvermeidlichen Krieges heraufzubewahren.

Wien, 24. Febr. Einer weiteren Meldung der „Montagsrevue“ zufolge findet heute unter dem Vorsitze des Kaisers ein Ministerrath statt, dem alle drei Ministerien beizuwohnen werden. Es soll in demselben über einen von dem Grafen Andrassy bei den Delegationen zu beantragenden Kredit von 60 Millionen Gulden beraten werden, dessen Verwerdung unter der Verantwortlichkeit der gesamten Regierung zu militärischen Dispositionen in dem Falle erfolgen soll, daß die österreichischen Interessen auf der Konferenz nicht respektiert werden sollten.

Deutscher Reichstag.

8. Sitzung.

Berlin, 23. Februar. 11 Uhr. Am Tische des Bundesrathes Camphausen, Hofmann u. A., nach der Rede Richters tritt Fürst Bismarck ein. Im Hause herrscht große Erregung; allgemein wird behauptet, daß Camphausen gestern seine Entlassung eingereicht habe. Präsident v. Forckenbeck theilt mit, daß der Gesamtvorstand des Reichstages Sr. Maj. dem Kaiser zu der im 1. f. Hause stattgefundenen Doppel-Vermählung die ehrsüchtigen Glückwünsche in einem Glückwunschschreiben des Vorstandes ausgesprochen hat und daß Se. Majestät gerührt haben, diese Glückwünsche mit dem huldreichsten Dank entgegenzunehmen. Eingegangen ist ein Auslieferungsvertrag zwischen dem Deutschen Reich und Brasilien.

Die erste Beratung des Gesetzesentwurfs betreffend die Besteuerung des Tabaks wird fortgesetzt. Der erste Redner, der länger als 1½ Stunde spricht, ist der

Abg. Richter (Hagen): Ueber die Steuervorlagen hier spreche ich nicht, denn mehr als tod kann auch eine Regierungsvorlage nicht sein. Die Tabaksubventionen, welche an der Deute Theil nehmen wollten, mögen die Dicht vor der Grenze in Höfen und Scheunen aufgestapelten Vorräthe wieder dahin bringen, woher sie gekommen sind. Bereits hat die Budgetkommission in ihrer ersten Sitzung das angelegte Defizit von 28½ auf 22 Mill. Mark ermäßigt, nach unseren Vorschlägen. Statt des Defizits soll also unter dem Titel Steuerreform eine Steuerermäßigung eintreten. Redner erinnert an das Verlangen aller Parteien im Jahre 1872 nach Aufhebung der Salzsteuer als einer politisch und wirtschaftlich irrationalen. Wenn das Verlangen heute nicht erneuert werde, so liege es daran, daß unter den augenblicklichen Verhältnissen Kompensationen erforderlich seien, die für jetzt als neue Steuern mehr drücken würden, als alte. Die Fortschrittspartei habe nichts gegen Uebernahme direkter Landessteuern auf das Reich. Beispielsweise der Gemeindesteuern, ebenso wenig gegen die Uebernahme bestehender indirekter Steuern, wie Kartenschempel- und Erbschaftsteuer. Jetzt aber lautet die Parole: Neue indirekte Steuern einführen, um vielleicht direkte Landessteuern zu vermindern. Das soll angeblich das Reich befestigen, während es die populäre Seite der Sache den Einzelregierungen überläßt und die unpopuläre dem Reich zuweist. Darum sind auch die föderativen Minister der Einzelstaaten mit dieser Reform so überaus zufrieden. Der Reichskanzler sagt, das Reich muß reich an Steuern sein. Der Reichsbürger sieht die Sache anders an, als der Reichskanzler. Matrularbeiträge interessieren das Volk als die indirektesten, nur die Budgets der Einzelstaaten treffenden Steuern am wenigsten. Ueberflüsse, welche das Reich nach dem Plan des Kanzlers den Einzelstaaten gewähren soll, würden die letzteren vom Reichsbudget ebenso abhängig machen, wie die Matrularbeiträge an das Reich. Der Vertheilungsmäßigstab bietet dieselben Schwierigkeiten. Die Tabaksteuer ist höchstens populär bei den Savanna-Konsumenten, namentlich wenn dieselben sich einbilden, künftig keine Einkommensteuer mehr bezahlen zu brauchen. Von allen Formen höherer Tabakbesteuerung würde das Monopol die schlimmste sein. (Sehr wahr!) Das deutsche Volk hat gegen solche Monopole den herzlichsten Widerwillen. (Sehr wahr!) Das deutsche Volk erträgt vielleicht politische Beschränkungen leichter, aber fiskalische weit schwerer als Frankreich oder England. Das sind wörtlich die Ansichten, die Minister Delbrück in seiner Schrift aus dem Jahre 1857 „der Zollverein und das Tabaksmopol“ geäußert hat: Herr Delbrück aber versteht, wie der Reichskanzler selbst gestern erklärte, von diesen Dingen mehr, als der Reichskanzler. Delbrück an seiner Seite würde der Reichskanzler die geführte Rede nicht gehalten haben. Delbrück führt in seiner Schrift aus, man unterschätze beim Monopol die Beschwerden und Krümmungen des Weges, auf welchem die Einnahme erst erzielt wird. Redner schildert nun an der Hand der Delbrück'schen Schrift die Reihfolge des vom Kanzler empfohlenen Monopols, die Beschränkung des Tabakbaues auf wenige Distrikte, die Abhängigkeit der Tabaksbauer von der Verwaltung, die schwere Kontrolle derselben, das administrative Verlegen bei Sortirung der Blätter, die Abhängigkeit des Imports von wenigen reichen Kapitalisten, das Verbot der übrigen Tabakeinfuhr, den starken Schmuggel von den Niederlanden, Belgien und der Schweiz, die Unterdrückung aller Haus- und kleinen Industrie, die Expropriation der großen Fabrikanten, das Verbot der Verfertigung von Tabakfabrikaten, des Besitzes von Geräthchaften, Verbot der Verfertigung von Surrogaten, scharfe Kontrolle auch des kleinsten Tabakstransportes, Unterdrückung des Tabakhandels, Kleinhandels nur durch dazu konfessionirte, von der Verwaltung abhängige Personen, vollständige Verkümmern des in Deutschland so wichtigen Exportes. Konstitutionelle Garantien gegen Mißbrauch der Verwaltung unter der der Einnahmequellen giebt es überhaupt nicht. Dabei berechnete Delbrück den Ertrag im Jahre 1857 für Deutschland nur auf 20 Pfennige mehr pro Kopf, als diese Vorlage ergeben würde. Delbrück stellt die Frage noch fälschlich an als der Minister Camphausen. Merkwürdigerweise hat der Reichskanzler gestern es so dargestellt, als ob das Monopol gar keine Besteuerung enthalte, sondern nur eine Uebertragung des Handels- und Industrieertrages von den Privaten auf den Staat. Raum traute ich gestern meinen Ohren. Wenn das wahr wäre, daß der Staat dem Gemeinwesen so einfach große Einnahmen zuwenden könnte, indem er an Stelle der Privatindustrie tritt, daß staatliche Regelung wohlfeiler ist, als Privatkonkurrenz, dann haben die Herren Sozialdemokraten mit ihrem System vollständig recht, dann sollten wir noch mehr, als den Tabak der Staatsproduktion überlassen. Das Tabaksmopol ist das Abbild des sozialdemokratischen Staates. (Sehr richtig.) Allerdings nicht in zwei politischen Kreisen, aber an einem einzelnen Artikel gezeichnet. Nun sind aber die Voraussetzungen des Kanzlers falsch. Das Monopol belastet nicht bloß mit der Steuer, sondern mit allen seinen übrigen Erschwerungen dazu den Konsumenten noch stärker. Der ordinäre Tabak kostet in Frankreich 4½ Mark pro Fund; allerdings in Bezug auf Savanna-Zigarren hat der Kanzler Recht: das französische Monopol würde ihm auch nur mit 75 Prozent Aufschlag gegen den direkten Bezug die Savanna-Zigarre liefern. Der Fehler liegt nur darin, daß der Reichskanzler sich das Urtheil lebhaft nach seiner eigenen Zigarre bildet; an dem französischen Monopoltrug aus den Savanna-Zigarren würde unser Kriegsminister noch nicht eine Kavalleriebrigade unterhalten können. Die Privatindustrie muß auf Luxusartikel der Reichen, des geringeren Abganges und des größeren Risikos halber, nahezu ebensoviel aufschlagen, wie das Monopol, beängigt sich aber dafür mit geringerem Aufschlag bei den Gebrauchsartikeln der Masse des Volkes, wegen des größeren Umsatzes und stetigen Abganges. Bei dem Monopol ist es umgekehrt. Redner verweist auf der Schrift Delbrück's Stellen, wonach das französische Monopol auf die Savanna-Zigarren nur 75 Prozent Aufschlag erhebt, dagegen auf den ganz ordinären Tabak 360 Prozent der Selbstkosten aufschlägt. „Auf keinem anderen Wege als dem der hohen Besteuerung des Verbrauchs der unbedingten Klassen“, schreibt Delbrück, „sei das Monopol möglich. Glaube man den Verbrauch der unbedingten Klassen schonen zu müssen, so thäte man wohl daran, den Monopolverbänden aufzugeben.“ Das paßt so auf die geführte Kanzlerrede, als wenn Herr Delbrück es besonders dagegen geschrieben hätte. (Heiterkeit.) Redner wendet sich nun, unter Bezugnahme auf die Ausführungen des Generalsteuer-Direktors gegen die Einführung der amerikanischen Fabriksteuer. Die von Camphausen citirten Phantasien aus dem Bremer Rathstellersuchten im Bremischen Interesse natürlich die Belastung des Tabaks möglichst von der Grenze weg in das Binnenland zu verlegen. Ueberhaupt sei eine hohe Tabakbesteuerung nur möglich unter gleicher Belastung aller Tabake; es sei keine Form zu finden, die von wohlhabenderen Klassen konsumirten Sorten höher zu belasten. Ein Thaler Tabaksteuer trifft zehnfach denjenigen, der nur den fünften Theil des Einkommens eines Andern hat. Man nennt den Tabakgenuß entbehrlich; mit welchem Rechte aber legt man den Ärmern diese Entbehrung zehnfach näher, als

dem Reichen? Wir haben den Staat nicht erst neu aufzubauen, sondern müssen die Industrie respektieren, wie sie seit 50 Jahren sich entwickelt hat. Drei Fünftel der Reichs- und Staatssteuern sind schon indirekte. Kann man dem Ärmern etwa auch Kaffe und Zucker oder gar Salz als entbehrlich bezeichnen, welche Artikel alle hoch besteuert sind? Nicht alle Staaten haben auch Salz- und Zuckersteuer. Wir sind nicht so reich, wie England und Frankreich, um hohe Verbrauchssteuern allein zu tragen. Wir haben von Frankreich Milliarden empfangen, nicht Milliarden bezahlt; warum sollen wir, als Sieger, uns mit besiegten, tief verschuldeten Staaten in Bezug auf die Besteuerung messen? Herr von Kardorff hat vermuthlich, weil er in meinen hiesigen Reden nichts Ansehbares gefunden, gestern dem Brauch des Hauses entgegen eine außerhalb von mir gebaltene Rede angelesen. Sollte er meinen, daß ich meine Urtheile einrichte, um den Beifall des jeweiligen Publikums einzuernten, in der Hoffnung, Herr von Kardorff werde mir nicht nachspüren und die Sache hier zur Anzeige bringen, so würde ich ihn überhaupt einer Antwort nicht würdigen. Die Ansicht, daß unsere Steuern nicht am härtesten auf den aller untersten Klassen, sondern auf den folgenden Klassen des kleinen Mittelstandes ruhen, habe ich schon wiederholt ausgesprochen. Redner führt aus, daß für Gefinde, Tagelöhner u. s. w. vielfach die Kost- und Arbeitgeber die Steuern bezahlen — der Erlaß der untersten Klassensteuern in Preußen habe deshalb vielfach nur den Gutsbesitzern zum Vortheil gereicht — während die folgenden Klassen verhältnismäßig am stärksten besteuerte Artikel konsumirten und mit ihrem Einkommen, auf das man aus den Ausgaben sicherer als bei höheren Klassen schließen könne, am richtigen eingeschätzt würden. Uebrigens bin ich der Meinung, daß in den unteren Klassen Erleichterungen wegen Zahlungsunfähigkeit weit mehr durch Krämmerrechnungen als durch Steuererleichterungen veranlaßt werden. In den Krämmerrechnungen aber stecken die hohen Verbrauchssteuern mit beträchtlichen Posten. Die jegliche Strömung für indirekte und gegen direkte Besteuerung halte ich für unberechtigt. Die besondere Ausbildung des allgemeinen direkten Steuerwesens ist in Preußen gerade so alt, als die der allgemeinen Wehrpflicht. Das Ausland, Frankreich insbesondere, hat es freilich verstanden, ebenso wie die Steuerlast, auch die Militärlast durch das Stellvertretungssystem auf die unteren Klassen allein zu wälzen. Gegenüber dem gleichen direkten Wahlrecht sollte man gerade darauf halten, daß Jedermann in einer direkten Steuer dem Gemeinwesen etwas leistet, damit er das Bewußtsein behält, daß man im Staate nicht bloß Rechte, sondern auch Pflichten hat. Die Insinuation Kardorff's, daß die Fortschrittspartei auch die Sozialdemokratie fördere, habe ich schon besser in der „Post“ und „Norddeutschen“ gelesen (Heiterkeit). Nun, die Sozialdemokratie ist unter konservativen Ministern entstanden und hat sich ausgebildet; wie sie unter einem liberalen Ministerium Stand halten würde, dafür haben wir noch keinen Maßstab. Sicher aber steht v. Kardorff mit seiner Schutztheorie, wobei er stets die Verantwortlichkeit des Staates für den Gang der Industrie und Gewerbe hervorhebt, sozialistischen Anschauungen viel näher, als ihm bisher selbst klar geworden ist. (Zustimmung.) Wer steht uns aber überhaupt dafür, daß die Mehreinnahmen, welche eine höhere Tabakbesteuerung, besonders aus den unbedingten Klassen zufließt, gerade diesen an anderen Stellen durch Verminderung direkter Steuern kompensirt werden. Es heißt, der Kommunal-Haushalt soll entlastet werden. Aber wenn wirklich auf dem weiten Wege vom Reich zu den Kommunen nicht die verschiedenen Ressorts die Mehreinnahmen für sich in Anspruch nehmen, wer steht uns dafür, daß nicht die Vertretungskörper Kommunen, in denen vorzugsweise Grund- und Hausbesitz, nicht aber das allgemeine Steuer-Interesse zur Geltung kommt, die Zuwendung an die Kommunen nicht verwenden, um mehr noch als bisher die Befürderer davon zu bewahren, daß sie entsprechend der Wertheigerung ihres Besitzes durch kommunale Aufwendungen zu kommunalen Leistungen herangezogen werden. Nicht vom Reiche aus kann den Kommunen geholfen werden, sondern nur dadurch, daß durch eine Steuerreform innerhalb derselben die Leistungen an die Kommunen in besserem Verhältnisse gebracht werden mit den Vortheilen aus den Kommunen. (Redner exemplifizirt für Berlin, daß die großen Aufwendungen für besseres Pflaster besser durch Pferde- und Wagensteuern als durch Erhöhung der Einkommensteuer gedeckt würden.) Wenn ich hiernach auch in der wirtschaftlichen Auffassung dieser Steuerreform von Herrn von Stauffenberg vielfach abweiche, so stimme ich darin vollständig überein, daß jedwede Steuerreform konstitutionelle Voraussetzungen habe. Die erste ist Herstellung des Steuerbewilligungsrechts in Preußen durch Reichsgesetz und nicht durch ein vom Herrenhaus abhängiges Gesetz, aber die Verbesserung des Rechts in Preußen darf nicht erlaubt werden durch eine Schwächung des Selbstbewilligungsrechts im Reiche. Herr v. Stauffenberg will die Matrularbeiträge im Wesentlichen nicht und meint, eine andere Form müsse gefunden werden. Hier hat seine Ausführung eine Lücke, die Form entscheidet hierbei auch über die Sache. Eine wechselnde Ueberweisung von Ueberflüssen an die Einzelstaaten giebt keinen Ersatz. Das Entscheidende ist, die Einnahme darf nicht eher vorhanden sein, als die Ausgabe bewilligt ist. Herr Camphausen ist bekanntlich schon 1850 im preussischen Landtage für die Nothwendigkeit eines Steuerbewilligungsrechts eingetreten; das bloße Regiren und Wäken am Budget gäbe, führt er aus, einer gegebenden Versammlung nicht die erforderliche Stellung. Im Anschluß daran hat er noch im letzten Landtage erklärt, er könne es für nicht im Interesse des Reichstages liegend halten, auf die Matrularbeiträge zu verzichten. Das Steuerbewilligungsrecht thut seine Wirkung, auch wenn es nicht zur Anwendung kommt. Der Reichskanzler meint freilich, eine Regierung werde ohnehin nichts Verfassungswidriges thun. Aber was verfassungswidrig ist, darüber kann man verschiedener Meinung sein. Das wiederholte Aufheben der Volksvertretung ist nicht gegen den Wortlaut der Verfassung, aber es führt zur Verfassungswidrigkeit. In Frankreich mußte kürzlich der Marschallpräsident von dieser Maßregel Abstand nehmen, weil er keinen Finanzminister fand, bereit, ohne vorherige Steuerbewilligung die Verwaltung zu führen. (Hört, hört, links.) Vielleicht hat gerade dieser Umstand Frankreich vor dem Bürgerkrieg bewahrt. (Sehr richtig, links.) Dadurch, daß man alle Machtmittel auf eine Seite, und auf die andere nur theoretische Rechte, ohne Mittel praktischer Handhabung legt, provoziert man Konflikte am ehesten. Aber die wirtschaftliche Seite des Selbstbewilligungsrechts ist mindestens ebenso wichtig, als die hochpolitische. Nur wenn man die Mäßigkeit behält, abzuwägen, ob man nicht besser statt eine Ausgabe zu erhöhen, eine Einnahme erläßt und also den Steuerzahler erleichtert, gewinnt man einen richtigen Maßstab für die Handhabung des Ausgabenbewilligungsrechts. Anderen Falles steigern sich fortgesetzt die Ausgaben, weil die Einnahmen schon vorher da sind. Die Einrichtung einer Volksvertretung ohne Selbstbewilligungsrecht kann dem Volke theurer kommen als der absolute Staat. In der so gerechtfertigten, eifersüchtigen Bewachung des Selbstbewilligungsrechts wollen wir die Matrularbeiträge auch nicht

auf einen so geringen Betrag ermäßigen, daß wir eines schönen Tages vor der Alternative stünden, Ausgabenverbesserungen bewilligen zu müssen, um die Matrifularbeiträge nicht aus dem Etat verschwinden zu sehen. Herr v. Stauffenberg hat endlich auch noch allgemeine konstitutionelle Voraussetzungen für Steuerreformen betont. Er verlangt eine systematisch einheitliche verantwortliche Leitung der Finanzen. Das haben wir auch immer gethan und ich brauche deshalb dies heute nicht weiter auszuführen. Herrn v. Stauffenbergs beifällige treffliche Ausführungen hatten nur den Mangel, daß die Entwidlung einige Sätze früher als ich gewünscht hätte zum Schluß kam. Die Ursachen der Gefahr einer „Versumpfung“ liegen doch noch etwas tiefer, als Herr v. Stauffenberg angeführt hat. In Preußen beispielsweise haben wir nach dem Wortlaut der Verfassung sogenannte verantwortliche Minister, ein Ministerkollegium. Gleichwohl treten uns die Gefahren einer Versumpfung auch auf Gebieten entgegen, wobei die Stellung zum Reiche, der Dualismus oberster Behörden, nicht in Frage kommt. Die allgemeine Versumpfung muß also einen Ausgangspunkt haben, welcher Preußen und dem Reiche gemeinsam ist. Die Verwaltungsreform-Gesetzgebung versumpft dort, weil gegen den Willen der großen Mehrheit der Volksvertretung die Reform nicht auf die wesentlichen Provinzen ausgedehnt werden soll. Trägt etwa eine mangelhafte Instruktion des preussischen Ministerpräsidenten durch den betreffenden Ressortminister daran die Schuld? Die Reform der Städteordnung in Preußen versumpft; ist daran auch etwa der Ressortminister die Schuld? Wir scheitern, das Gegentheil ist richtig. Im Reich wird das Reichseisenbahnprojekt aufgegriffen, in alle Eisenbahnverhältnisse Unruhe und Verwirrung getragen und dann ebenso schnell wieder fallen gelassen. Ist etwa das Reichseisenbahnprojekt aus mangelhaften Instruktionen des Reichskanzlers von Seiten des Herrn Achenbach hervorgegangen? Man treibt Freihandelspolitik, versucht dann Retorsionspolitik und regt jetzt eben durch eine Eisen-Enquete die Schutzlagitation wieder auf. Tragen an allen diesen Widersprüchen etwa mangelhafte Instruktionen des Reichskanzlers von Seiten des Herrn Achenbach die Schuld? Der Reichskanzler bringt eine Strafgesetznovelle ein, die an den entscheidenden Stellen am Widerspruch des ganzen Hauses scheitert. War etwa der Reichskanzler hier nur durch den preuß. Justizminister falsch instruiert? Der Reichskanzler hat in einer Rede i. J. 1873 hier gesagt, daß, wenn er auch gar nicht preussischer Minister wäre, das preussische Ministerium nach seiner ganzen Stellung zu Kaiser, Bundesrath und Reichstag weit mehr nach ihm fragen müßte, als er nach dem preussischen Ministerium. Niemand will hier den Reichskanzler für technische Details der Finanzvorlagen verantwortlich machen, aber für die allgemeine politische Richtung derselben, für die Versumpfung der Frage ist auch er der Verantwortliche. Wir sind nicht persönliche Gegner des Reichskanzlers oder des Herrn Camphausen, sondern treiben sachliche Opposition. Aber eben darum müssen wir die Opposition auch dahin lehren, wo die Entscheidung der Sache liegt. Schon ein gewisses natürliches Gefühl treibt uns, die Verantwortlichkeit nicht bloß nach der schwächeren Seite hin geltend zu machen, bloß auf die sogenannten kleinen Minister die Schuld zu schieben. Die Verantwortlichkeit des uns formell allein verantwortlichen Reichskanzlers soll sich nicht verflüchtigen, indem sich die Fiktion herausbildet, der Reichskanzler kann nicht Unrecht thun, erscheint er im Unrecht, so ist nur seine mangelhafte Instruktion daran Schuld, und ist an den besser unterrichteten Reichskanzler zu appellieren. — Wie ergiebt es sich hier? Eine ganze Session hindurch haben wir am anderen Ende dieser Straße Begründbarkeit preussischen Gesetzen gegenüber verrichtet. Kaum sind wir hier eingetreten und haben dort den Begründungsplan verlassen, so erwartet uns hier dieselbe Thätigkeit. (Heiterkeit.) Die Minister selbst scheinen durch das fortgesetzte Begreifen ihre Entwürfe nicht allmählich erschüttert. Sie kommen uns nach Abwerfung ihrer Vorlagen vor, als wenn sie sich einfach auf dem Absatz umdrehen und sagen: es war wieder mal Nichts. (Heiterkeit.) Sie scheinen den Reichstag ebenso vergnügt alsdann zu verlassen, als sie ihn betreten. Nur ihre Herren Geheimräthe scheinen etwas gereizt darüber, ihre mühsam ausgearbeiteten Denkschriften fortgesetzt in den Papierkorb wandern zu sehen. Wir aber empfinden die Sache schwerer, als Minister und Geheime Räthe. Wir müssen die ganze Session bald an diesem, bald an jenem Ende der Leipziger Straße mit vollständigen fruchtlosen, unproduktiven Kämpfen und Anstrengungen ausfüllen. (Sehr richtig, links.) Dazu haben uns unsere Wähler nicht hergeschickt. Wie sehr leiden durch solche wirtschaftliche Gesetzentwürfe auch weitere Kreise, große Industriezweige, welche ihre Berechnungen danach stellen müssen! Der Reichskanzler meint, wir hätten großen europäischen Staaten gegenüber noch viel nachzuholen in Bezug auf indirekte Steuern. Erwägen wir doch lieber, wie sehr wir hinter allen zivilisierten Nationen noch zurück sind in Bezug auf Ausbildung des parlamentarischen Regierungssystems. (Sehr richtig.) Gerade diese Vorlagen zeigen, was dem Lande das jetzige mangelhafte Regierungssystem in Geld kostet. Die großen Summen, die jetzt Tabaks-Industrie und Handel verlieren, würden bei einem parlamentarischen Regierungssysteme nicht verloren worden sein, weil ein solches, in lebendiger Fühlung mit dem Reichstage, eine solche Vorlage überhaupt nur einbringen würde, wenn man im Voraus sicher wäre, die Vorlage angenommen zu sehen. (Sehr richtig.) Der Reichskanzler sagte gestern, er wolle hier die Stimmung sondiren, Resolutionen provoziren, um einen Leuchthurm für die Richtung der Gesetzgebung zu erhalten. Also darum seit Monaten die Beunruhigung, um hier Experimente für Majoritätsbildungen zu machen! Ist das wirklich ein auf die Dauer erträglicher Zustand? Unsere und anderer Parteien Programme sind wahrlich schon Leuchthurm genug für den Reichskanzler, wenn er sie nur beachten wollte. Aber weil das Gegentheil geschieht, passiert hier so viel Schiffbruch. Man entschuldigt sich mit der Form, eine parlamentarische regierungsfähige Majoritätspartei sei hier nicht vorhanden. Ich denke aber, parlamentarische Regierung und regierungsfähige Partei würden sich gegenseitig herantreiben. Kann jener Umstand es aber rechtfertigen, daß hier regiert wird, als ob parlamentarische Parteien überhaupt nicht vorhanden wären? Der Reichskanzler ist so liebenswürdig, der Budgetkommission die Entscheidung anheimzustellen durch Resolution, ob das Gericht der Steuererhöhung nach französischer Methode oder nach amerikanischem Muster dem Steuerzahler zubereitet werden soll. Für diese Zumuthung danken wir. Dafür muß die Regierung selbst die Verantwortung übernehmen; wozu haben wir denn sonst überhaupt eine Regierung. (Sehr gut. Heiterkeit.) Dann könnten wir in der Budgetkommission lieber selbst die Finanzverwaltung übernehmen. Auf solche Resolutionen werden wir uns ganz und gar nicht einlassen, denn die Voraussetzungen sind nach keiner Richtung gegeben, die uns veranlassen könnten, darüber nachzudenken, in welcher Form dem Volk eine höhere Besteuerung mündgerecht gemacht werden soll. Wir wollen überhaupt keine Steuererhöhung und keine Steuerreform in der angegebenen Richtung, weil die konstitutionellen Voraussetzungen dazu fehlen und weil das Tabaksmonopol, welches der Reichskanzler auf sein Programm schreibt, nicht eine Verbesserung, sondern eine unerträgliche Verschlechterung unseres Steuer Systems darstellen würde. (Lebhafter Beifall.)

Abg. Dr. L a s s e r : Die Verhandlung von heute und gestern hat für mich ein sehr spannendes und dramatisches Interesse. Das Verdienst der Anregung dieses dramatischen Interesses gebührt nicht den Mitgliedern des Hauses, sondern ausschließlich der Regierung. Schon bei der Einbringung dieser Steuervorlagen durch den Finanzminister war ich von dem schwerwiegenden Inhalt derselben überzeugt. Das Gesetz über die Unifikation des Kartensystems gehört zu der Kategorie der Steuerreformgesetze. Da Reisende häufig Karten spielen und dadurch bei der Verschwendung der Kartensystemspiele in den deutschen Grenzstaaten leicht zu Defraudationen kommen, so ist der Gedanke eines gemeinsamen deutschen Kartensystems ein glücklicher, auf den der Reichstag wird eingehen können. Von den anderen Steuervorlagen hatte ich nur den Eindruck, daß nur eine Steuererhöhung gefordert werde, wenn Sie nicht entgegen unserer Meinung bei der Tabaksteuer die Umwandlung der Flächensteuer in eine Gewichtsteuer an sich für eine Reform halten. Der Minister Camphausen hat nun diese Maßregeln nicht als abschließende, sondern vorbereitende bezeichnet, indem es den einzelnen Staaten daran liege, endlich zu wissen, wieviel von den Stempelsteuern auf das Reich übernommen werde,

damit alsdann in Preußen wenigstens die Reform der Stempelsteuer als Landesangelegenheit vor sich gehen könne. Wenn die beiden uns vorgeschlagenen Steuern wirklich ein Abschluß der Stempelsteuer im Gebiete der Reichsgesetzgebung sein soll, so befenne ich, daß ich mich vollständig enttäuscht fühle, sowohl vom Standpunkte der ausgleichenden Gerechtigkeit aus, als auch von dem, daß die allgemeinen Besteuerungssteuern dem Reiche überwiesen werden sollen. Immer ist das uns vorgeschlagene ein solches Minimum, daß es eher die Unterdrückung der Reform, als deren Ausführung bedeutet. Man hätte doch mindestens die Stempelsteuer auf Versicherungs- und die Erbschaftsteuer mit heranziehen müssen. Der Minister Camphausen hat gesagt, Preußen habe eigentlich beabsichtigt, eine sehr umfassende Reform der Stempelsteuer herbeizuführen und dieselbe im Reiche durchzuführen, der Versuch sei aber an dem Widerstande der übrigen Bundesstaaten gescheitert. Ich verlange aber von dem Vertreter der Reichsregierung, wenn er an eine Steuerreform herantritt, daß er auch die einzelnen Staaten zwingt, ihren Widerspruch gegen einzelne Bestimmungen von partikularem Standpunkte aus aufzugeben. Für meine Auffassung kann ich die Autorität des Reichskanzlers anführen. Die jetzige Tabaksvorlage sollte nach dessen Ausführung schon im vorigen Jahre von dem preussischen Ministerium eingebracht werden. Er habe aber dagegen Widerspruch erhoben, weil ihm die Tabaksteuer noch viele andere Gegenstände sollte durchbringen helfen. Ob er nun unter diesen Gegenständen die jetzigen Stempelsteuern verstanden hat, weiß ich nicht, weil ich die geheimen Motive der Regierung nicht kenne. Aber die Tabaksteuer wird jetzt schlecht ausgenützt, wenn sie in Verbindung gebracht wird mit solchen Reformen, für die Preußen schon jetzt vollständig geneigt ist, aber immer einer Koalition kleiner Staaten gegenübersteht. Wir müssen die Gelegenheit benutzen. Hätten wir nicht, wenn wir das immer gethan hätten, mit Hilfe der fünf Milliarden die Münzreform viel schneller durchführen können? Wir müssen zum Zwecke einer großen Steuerreform die Tabaksteuer benutzen, daß dieselbe auch Dinge mittrage, die nicht so sehr auf den gleichen Beifall rechnen können. Wir werden eine Kompensation den Einzelstaaten gegenüber nötig haben und dürfen deshalb nicht stückweise reformiren, sondern es muß im Großen und Ganzen gearbeitet werden. Der Minister Camphausen hat in seiner einleitenden Rede die Tabaksteuerreform als eine abschließende Maßregel bezeichnet, wenigstens habe ich nicht gehört, daß ein anderes Steuersystem in Aussicht genommen sei. Er sagte sogar, daß durch den Schutzoll, den der inländische Tabak genossen habe, sowohl die Anpflanzung wie die Fabrikation eine verheerliche Richtung genommen und jede Reform werde zu allererst darauf hinwirken müssen, in beiden Beziehungen die Richtung zu verändern. Sämtliche Redner aus dem Hause sprachen sich gegen die Vorlage aus. Plötzlich erhebt sich der General-Steuer-Direktor Burghart, ein Mann, dessen Worten wir größere Bedeutung beizumessen pflegen, weil denen eines anderen Regierungs-Kommissars und erklärt, der Widerstand Süddeutschlands gegen die Tabaksteuer würde mit der Gewährung eines Schutzolls für den Tabak aufhören und er hielt diese Behauptung gegen den Widerspruch des Hauses aufrecht. Das sei aber eine Nebenfrage, die in der Spezial-Diskussion erledigt werden könne. Er gab also zu, daß die Regierung über den Schutzoll mit sich werde handeln lassen. Damit war die Grundpfeiler der Argumentation des Ministers Camphausen erschlagen, der als den Inhalt der Reform die Beseitigung der schiefen Richtung der Tabakproduktion und Fabrikation in Deutschland durch Aufhebung des Schutzolls bezeichnet hatte. Nach diesen Erklärungen des Ministers mußte die Vorlage stehen und fallen mit der Aufhebung des Schutzolls. General-Steuerdirektor Burghart leistete aber noch mehr; er erklärte, sowohl die Anhänger des Tabaksmonopols wie die der amerikanischen Fabrikationssteuer könnten diese Steuer als Vorbereitung zu ihrem Ziele annehmen, man sei dann nur in der Methode verschieden. Ich muß gestehen, das ist eine Vorlage, die Wunder leistet, die sich und alle entgegengesetzten Systeme in ihrem fruchtbarsten Leibe trägt. (Heiterkeit.) Dann erhob sich der Finanzminister, um zwei Ausprüche zu thun. Erstens, daß er gegen das Tabaksmonopol sei; er hat das nicht bewiesen, aber wohl jeder hat diesen Eindruck von der Rede des Finanzministers gehabt. Man pflegt in der Regel nicht Dinge, die man im Herzen trägt, damit zu befürworten, daß man alle Schwierigkeiten hervorhebt und keine Vortheile. Er hat vorfristig gesagt, daß er für das Monopol sein könne, wenn die Stimmung des Reichstages und die der Regierung, was er noch nicht wisse, dafür sein sollte. Zunächst wolle er die Stimmung des Reichstages hierüber erfahren. Schon früher hat der Reichstag den vom Präsidenten Hofmann geäußerten Gedanken zurückgewiesen, daß die Gesetzgebung und namentlich die wirtschaftliche die Stimmung des Reichstages gestellt werde, zumal uns der Abg. v. Kardorff anschaulich die Wandelbarkeit der Stimmungen des Reichstages geschildert hat. Zweitens hat der Finanzminister entwickelt, welche lange Vorbereitung für das Monopol, ehe dieses eingeführt werden könne nothwendig sei. Zuerst müßte eine Statistik des Schades, den das Monopol verursachen würde, konstatiren, um die Entschädigungsfrage der Fabrikanten beurtheilen zu können. Ich muß ergänzend hinzufügen, daß auch der im Volke, in der Hausindustrie angestiftete Schaden konstatirt werden muß und ich zweifle, ob wir für diesen Entschädigung zu gewähren im Stande sind. Also von diesen statistischen Ergebnissen würde nach der Meinung des Finanzministers selbst bei allseitiger Zustimmung die Einführung des Monopols abhängen. Zu unserer Ueberraschung erklärte sich der Reichskanzler unmittelbar danach unbedingt für das Monopol, und bezeichnete diese Vorlage als eine Etappe zu demselben, ohne sich dabei im Gegensatz zu seinem Kollegen Camphausen zu glauben. Wenn schon so widersprechende Erklärungen der Regierungsvertreter eine Vorlage gefährden, so mußte doch selbst derjenige, welcher für die Vorlage stimmen wollte, um die Tabaksteuerfrage endlich einmal definitiv zu regeln, sein Vorhaben nach diesen Erklärungen des Reichskanzlers — sofern er nicht unbedingt Anhänger des Tabaksmonopols ist — aufgeben. Die Regierung sowohl wie das Haus hat der Vorlage einen solchen Stoß versetzt, daß auf ihr Zustandekommen in dieser Session nicht zu rechnen ist. Für ihre Eventualität hat der Reichskanzler eine Resolution aus dem Hause gewünscht, welche angebe, in welcher Weise die Tabaksteuer zu Stande kommen könne. In dem Hauptziele, das Reich in seinen Einnahmen von den Einzelstaaten zu emancipiren, bin ich seit 1869 mit dem Reichskanzler einverstanden. Die Verfassungsbestimmungen über das vollständige Budgetrecht und absolut selbstständige Finanzsystem, sowie die Bezeichnung der Matrifularbeiträge als provisorische sind auf Anträge unserer Partei angenommen worden. Einige von den preussischen Abgeordneten freuten sich wohl damals, in den Matrifularbeiträgen ein vollständiges Steuerbewilligungsrecht zu besitzen, aber davon haben wir uns längst freigegeben und glauben auch bei einem selbstständigen Finanzsystem, wenn es darauf ankommt, unser Budgetrecht wahren zu können. Dafür birgt uns die Haltung, welche der Reichskanzler 1869 zu den Steuervorlagen eingenommen hat. Wenn ich auch die Matrifularbeiträge für die Eierschalen auf dem Haupte des Reiches halte, welche die Interessen-Differenzen der Einzelstaaten bei jeder Budgetberatung nachrufen, wenn ich auch eigene Einnahmen für die Existenz eines Staates unbedingt für nötig halte, so glaube ich doch nicht, daß die Budgetberatung und noch weniger das Haus dazu kommen wird, eine Anleitung für die Tabakbesteuerung zu geben. Die Initiative zu einem Steuerhystem und am allerwenigsten in Bezug auf den Tabak — kann nicht vom Reichstage ausgehen. Jedes System hat seine unzulänglichen Mängel und die Freunde eines jeden Systems haben diese Nachteile gegen die Vortheile abzumäßen und zu zeigen, daß das Plus auf Seiten der Vortheile liegt. Wie viel Personen im Hause sind dazu technisch genug vorgebildet, um die Verhandlungen über die verschiedenen Systeme fruchtbar zum Abschluß zu bringen und durch die Annahme des einen oder des anderen eine schwere Verantwortlichkeit vor der deutschen Nation zu übernehmen; zumal auch die allerhöchsten vorläufigen Ermittlungen fehlen. Wenn wir aber auch t e c h n i s c h dazu im Stande wären, wir würden politisch nicht dazu kommen können. Der Abg. von Stauffenberg hat gestern deutlich erklärt, daß für uns jede Steuererhöhung selbst auf Grund einer Steuerreform unannehmbar ist, so-

lange nicht das Steuerbewilligungsrecht gewährt ist im Reiche und in allen Einzelstaaten. Unter diesen Verhältnissen kann eine Erörterung über das beste Steuersystem jetzt nur theoretischen Werth haben. Wer liebt es wohl, in Steuerfragen ein Votum bindend abzugeben für Kombinationen, deren Eintritt noch nicht gesichert ist. Bei der Zusammenfassung dieses Hauses ist für eine Reformmaßregel und für eine Steuererhöhung nur dann eine Majorität zu gewinnen, wenn eine Regierung mit starker Initiative vorgeht. Es den Parteien selbst zu überlassen, daß sie aus ihrer Mitte diese Majorität bilden sollen, wird ein verheißenes Experiment sein. Zum Beispiel hat die Reichspartei, die außerordentlich geneigt ist selbst unter Aufgabe gewisser ihnen lieber Anschauungen mitzugeben, etwas Positives zu schaffen, als ihren Nebenbuhler den Abg. v. Kardorff, den entschiedensten Repräsentanten des Schutzolls vorgeschickt. Sie sehen, wie schwierig es ist, eine Majorität zusammenzubringen, deren einzelne Bestandtheile in wirtschaftlichen Dingen so himmelweit verschieden denken. Einigen sind also auch die verschiedenen Parteien in dem Grundgedanken der Konsolidirung der eigenen Einnahmen des Reiches durch eine Steuerreform, sind die konstitutionellen Garantien dazu vorhanden, so wird es immer noch einer kräftigen Initiative seitens der Reichsregierung zu ihrer Durchführung bedürfen. Sollten selbst einige von uns geneigt sein, der Regierung die Last der Initiative abzunehmen, so würde das doch eine vergebliche Mühe sein. Von der jetzigen Tabaksteuerreform bleibt also nur eine ungemaine Verwirrung in dem wirtschaftlichen Verkehr übrig. Für das laufende und das nächste Jahr wird sich allerdings ein höherer Ertrag der Tabaksteuer ergeben. Der Minister Camphausen hat schon einmal ein solches finanzielles Glück in Preußen gehabt, in dem Jahre als ein ungemainer Windbruch die Einnahmen aus den Forsten sehr steigerte. Diesmal hat er, wie ich fürchte, den Orkan selbst gemacht. (Heiterkeit.) Die ungemaine Schädigung für die nächsten Jahre ist leider durch die Mißthand der preussischen Regierung und des Bundesrathes zu Stande gekommen. Der Reichskanzler hat im vorigen Jahre richtiger gehandelt, als er dem preussischen Finanzminister aus den von ihm mitgetheilten Gründen Instruktion erteilte, die Tabaksteuerreform nicht einzubringen, als in diesem Jahre, wo er nach den Instruktionen des preussischen Finanzministers nach seinem eigenen Geständniß das Gegentheil gethan hat. Der Gewinn dieser Debatte ist der, daß wir zum ersten Male aus dem Hause Klärung darüber erhalten haben, unter welchen Bedingungen und Voraussetzungen es überhaupt möglich sei, die eigenen Einnahmen des Reiches zu vermindern. Die Majorität hat sich für die möglichste Selbstständigkeit des Reiches in seinen Einnahmen ausgesprochen; das ist eine sehr solide Grundlage. (Zustimmung.) Ferner ist eine noch größere Majorität der Meinung, daß der Tabak innerhalb eines großen finanziellen Planes ein befeuerbares Objekt sei. Selbst der Abg. Reichensperger war in Bezug auf den Tabak sehr begehrlich (Heiterkeit) und wünschte von demselben viel größere Erträge. Dennoch erwarte ich nicht, daß er, wenn es zur eigentlichen Steuerbewilligung kommt, für dieselbe stimmen wird. Der Reichskanzler ist allerdings bis jetzt der einzig verantwortliche Beamte des Reiches auch in Finanzangelegenheiten. Ich hoffe aber, daß dieser Zustand nicht lange dauern wird, obgleich er thatsächlich verfassungsmäßig ist. Wenn ich dennoch sage, den Reichskanzler trifft für die Finanzverwaltung keine Verantwortung, so geschieht dies, weil ich überall den zwingenden Inhalt der Dinge über die Verfassungsvorschriften stelle. Die dem Reichskanzler verfassungsmäßig übertragene Verantwortung ist eine innere Unwahrheit, da ein einzelner Mensch unmöglich für Alles verantwortlich sein kann. Diese Schwäche der Verfassung haben wir stets betont. Für den anonymen deutschen Finanzminister, der nicht mit der Kraft der Verantwortlichkeit ausgestattet ist, muß es allerdings unangenehm sein, jeden Augenblick von der verantwortlichen Gewalt desavouirt werden zu können, aber das ist eine heute nicht zu erörternde Frage. Für die technischen Sachen den Reichskanzler verantwortlich machen, würde vielleicht die Verfassung für sich haben — der Herr Reichskanzler hat auch dies bestritten — aber er würde keineswegs der Natur der Dinge entsprechend handeln. Wir können aber dies nächsten bei der Stellvertretungsvorlage erörtern. Wir sollten uns aber frei halten von persönlicher Empfindlichkeit und lediglich aus Liebe zum Vaterland sprechen. Wir brauchen das Geheimniß ja nicht zu sagen, daß es im Reich und in Preußen keine Regierungskombination giebt und daß der Reichskanzler die Säule und die Stütze des Ganzen ist. Und es kann ja nur an ihr allein eine kräftige Regierung sich anknüpfen, es liegt in der Natur der Proportion der Kräfte, daß seine Kraft immer ausschlaggebend eingreifen wird. Wenn ich Minister wäre, würde ich an dem Tage, an welchem ich fühle, daß ich nicht mehr volle Gemeinschaft mit dem Reichskanzler hätte, mich als entlassen betrachten, das würde mir mein Patriotismus dictiren, aus dem einfachen Grunde, weil ein Zwiespalt in der Regierung nicht möglich ist und dieselbe sich auflöst, wenn sie in sich einen solchen Zwiespalt austrägt. Ich behaupte nun nicht, daß ein solcher Zwiespalt vorhanden ist, ich bin ja in die Geheimnisse nicht eingeweiht, und nicht einmal die Schicksale der Tabaksvorlage berechtigen mich zu solchen Betrachtungen, aber das darf ich allerdings feststellen, wir werden nicht früher in geordnete Verhältnisse kommen, bis ein solcher thatsächlich vorhandener Zustand auch wirklich anerkannt wäre. Aber das hat auch wieder eine Reverso. Wenn ich damit verantwortlich bin, daß meine Politik nicht mehr identisch ist mit der Regierungspolitik, so gewinne ich dadurch die Selbstständigkeit, indem ich in der Regierung nur so lange sein kann, als ich das mir übertragene Amt äußerlich und innerlich selbstständig zu verwalten im Stande bin. Nur mit diesem Inhalt wird das Stellvertretungsgesetz dem Reiche weiter helfen können. Wir wollen zwar nicht das Gewicht, welches dem Reichskanzler innerhalb der Reichsregierung zugeht, beschränken, aber in der Form der Stellvertretung müssen ihm selbstständige und verantwortliche Politiker an die Seite treten, welche ihm diejenigen technischen Schwierigkeiten überwinden helfen, die er nach seinem Zugeständniß von gestern nicht selbst überwinden kann. Es ist gewiß Deutschland zu wünschen, daß die kräftige Hand des Kanzlers in allen denjenigen Ressorts, in welchen sie so meisterhaft sich mächtig fühlt, lange erhalten bleibe. Aber das Reich kann nicht bloß von der Befriedigung einzelner Ressorts leben, sondern es ist ebenso nothwendig, daß ein selbstständiger Minister — sei es auch unter einer anderen Bezeichnung — die Finanz-Angelegenheiten des Reiches leite und so auch jedes andere wichtige Ressort. Mir persönlich ist es gleichgültig, aus welchen Reihen dieser Mann hervorgeht; aber namentlich in der heutigen Zeit ist es wichtig, daß auch in den erwähnten anderen Ressorts eine kräftige und selbstständige Leitung im Reiche stattfindet. Von der wirtschaftlichen Politik ist es ganz klar, daß wir Alle darüber im Dunkeln sind, wohin die Reichsregierung überhaupt will. Hinsichtlich der Finanzpolitik sehen wir die merkwürdige Erscheinung, daß sich im Hause gern eine Majorität zusammenfinden möchte, um die erschlaffende That zu finden und dem Reiche zu geben, was des Reiches ist, daß sie aber aus politischen und konstitutionellen Gründen und außerdem aus Mangel an der richtigen Initiative seitens der Regierung diesen Vereinigungspunkt nicht finden kann. Offen wir, daß die Verhandlungen über die Steuervorlagen wenigstens in diesem Punkte eine Klärung herbeigeführt haben, was nothwendig ist, damit wir zu fruchtbarerem Abschluß in dieser Partei kommen. Es wird dies ein Nutzen sein, der wenigstens in Einigem den Schaden aufwiegen wird, den sonst die Vorlage nach vielen Richtungen hin leider schon angestiftet hat. (Beifall.)

Finanzminister Camphausen: Ich habe gestern bei meinem einleitenden Vortrage zu Ihnen als Vertreter der verbundenen Regierungen gesprochen. Ich habe in dieser Eigenschaft Ihnen die Vorlage zu empfehlen gehabt, die aus den gemeinschaftlich gefaßten Beschlüssen der verbundenen Regierungen hervorgegangen ist. Ich habe mich nicht für berechtigt erachtet, mit meinen persönlichen Ansichten hervorzutreten. Wenn nun jetzt die Verhandlung der Sache dazu geführt hat, daß ich die schrankenlosen Vorstellungen von den Erträgen, die das Tabaksmonopol gewähren könne, beläufig habe, wenn ich nachher bei dem Einwand des Herrn v. Kardorff geneigtig worden bin, noch einmal ein Warnungszeichen zu erheben, daß die Vorstellungen sich nicht in allzu übertriebenen Grenzen bewegen möchten,

so habe ich damit über meine Stellung zur Frage des Tabakmonopols in keiner Weise einen Ausdruck gegeben. Nachdem gestern der Herr Reichskanzler seine persönliche Auffassung zur Sache Ihnen mitgeteilt hat, glaube ich es mir selbst und meiner Stellung schuldig zu sein, mit meiner persönlichen Auffassung auch nicht hinter dem Berge zu halten. Diese persönliche Auffassung darf nicht von heute, auch nicht von den letzten Tagen, sie ist vorzugsweise ausgesprochen in einem Schriftstück, das ich am 17. Februar 1877 unterzeichnet habe. Aus diesem Schriftstück theile ich Ihnen mit Zustimmung des Reichskanzlers eine Stelle mit, welche lautet, wie folgt: „Nach wiederholter Erwägung glaube ich mich dahin aussprechen zu sollen, daß behufs einer angemessenen dauernden Vermehrung der eigenen Einnahmen des Reichs vorzugsweise die höhere Besteuerung des Tabaks, und zwar als letztes Ziel, trotz, wie nicht zu verkennen ist, entgegenstehender vielfacher Bedenken, die höhere Besteuerung im Wege des Monopols ins Auge zu fassen sei. (Bewegung, Beifall rechts.)“ Von der Einführung des Tabakmonopols in Deutschland würden Erträge erwartet werden können, welche nicht allein gestatteten, die Steuern von notwendigen Verzehrs- und Verbrauchsartikeln, namentlich die Salzsteuer, aufzuheben, sondern auch für Preußen die Möglichkeit gewährten, auf die als drückend empfundenen direkten Steuern zum Theil zu verzichten und sie den Kreis- und Kommunalverbänden zu überweisen. (Beifall rechts.) Es versteht sich indeß von selbst, daß eine Maßregel, welche so viele und so wichtige Interessen berührt, einer längeren Vorbereitung, eines Uebergangsstadiums bedarf. Als ein solches Uebergangsstadium würde meines Erachtens die Einführung des Geleges für die Besteuerung des Tabaks dienen können, welches im Jahre 1873 die kais. und des Bundesrats niedergesetzte Kommission für die Aufhebung der Salzsteuer nach eingehenden Erörterungen entworfen hat. Dies ist meine Stellung zur Sache. Die Ihnen unterbreitete Vorlage ist der abfälligen Kritik unterworfen worden, man glaubt sogar, daß sie schon jetzt einen sehr großen Schaden angerichtet habe, während doch die Regierung unmöglich verhindern kann, daß die Spekulation sich auf bestimmte Gegenstände wende, auf die Hoffnung hin, daß damit für ihre Kassen ein erheblicher Profit zu erreichen sei. Ich habe mit diesen Bestrebungen, sich auf Kosten des Reichs zu bereichern, keine großen Sympathien und bin der Ansicht, daß die großen Verluste, die uns in Aussicht gestellt werden, ebenso in der Phantasie existieren, wie es die Einnahmeerträge, die uns die Monopolisten in Aussicht gestellt haben, zum Theil thun. Die Ausführungen des Generaldirektors Burgard sind, wie ich glaube, mißverstanden worden, denn er steht genau auf demselben Standpunkt zu dieser Frage, auf den ich mich gestellt habe, und wenn er den scharfen Anklagen gegenüber, den Behauptungen, als müßte der Tabakbau zu Grunde gehen, entgegenstellt, hat, wir würden ja gleich schon eine andere Stimmung hervorgerufen, ein anderes Resultat herbeiführen können, wenn wir die Steuersätze ermäßigten, dann hat er damit nicht die Vorlage desavouirt, sondern hat in kontradiktorischer Erörterung auf einen Weg hingewiesen, der eventuell betreten werden könnte. Wenn bemerkt worden ist, daß man sich der Zustimmung der Parteien, die im Hause dominieren, versichert habe, um sich im Voraus Gewissheit zu verschaffen, ob eine solche Vorlage durchgehen könne, so muß ich einen Theil dieser Schuld auf mich nehmen. Einmal war ich nicht genau unterrichtet darüber, inwiefern die Besprechungen, die ja bekanntlich stattgefunden haben, sich auf diese Frage bezogen, dann aber fühlte ich persönlich mich eingeengt durch die, vielleicht ungegründete Wahrnehmung, daß wir zu dem Stadium vorgebrungen seien, wo es heißt: *ôte-toi, que je m'y mette*. Nun glaube ich als bekannt voraussetzen zu dürfen, daß ich dem ersten Theil dieser Anforderung meines Theils einen Widerstand, wenn ich dazu die Allerhöchste Ermächtigung erlange, in keinem Augenblicke entgegenstellen würde, und der Herr Reichskanzler, der hier neben mir sitzt, wird Ihnen bestätigen können, daß ich auch den Anforderungen, die Herr Kaiser soeben an einen mit dem Reichskanzler Hand in Hand gehenden Staatsmann gestellt hat, zu entsprechen gewillt habe, und daß ich ihm die Frage vorgelegt habe, nicht einmal, sondern mehrmals, ob es den Interessen des Reichs nicht mehr entsprechen würde, eine andere Persönlichkeit mit der Leitung der Finanzen zu betrauen als mich. Der Herr Reichskanzler sitzt hier, Sie werden von ihm das Anerkennung vernehmen müssen, daß dem so sei. Wenn dann bemerkt wird, daß eine Verantwortlichkeit für die Vorlage von irgend einem bestimmten Träger übernommen werde, so will ich hiermit aussprechen, daß ich die Verantwortlichkeit für die Vorlage vollständig auf meine Person beziehe und die Konsequenzen Ihrer Beschlüsse ziehen werde. Wir werden nun sehen, ob wir im Interesse des Reichs nicht doch zu einer Verständigung gelangen können. Meines Erachtens sind die Formen zu finden, unter welchen Sie geneigt werden können, der Regierung entweder zuzustimmen oder ihre Vorlage zu verwerfen, eine Vorlage, die deutlich erkennen läßt, daß sie auf ein bestimmtes Ziel, auf das Monopol gerichtet ist. Was in dieser Hinsicht noch geschehen mag oder nicht, wie sich die Stimmung des Hauses gestalten mag oder nicht, ich habe im November 1875 die Erklärung abgegeben, daß ich nicht denke an der Spitze der Verwaltung der Finanzen zu bleiben, wenn ich nicht der freundlichen Zustimmung der Parteien versichert bin. Diese Erklärung wiederhole ich heute. (Beifall.)

Reichskanzler Fürst Bismarck: Ich habe nun mit wenigen Worten die Thatsache zu bestätigen, in Bezug auf welche sich der Herr Finanzminister neben mir auf mein Zeugnis berufen hat. Derselbe hat mir zu wiederholten Malen im vorigen Jahre, im Frühjahr sowie im Herbst, als auch jetzt bei meiner Wiederkehr in diesen Tagen seine Neigung kundgegeben, sich aus den Diensten Preußens, resp. des Reichs zurückzuziehen, wenn ich irgend den leichsten Wunsch in dieser Beziehung äußerte und sich mit mir *à l'amiable* und ohne jede Empfindlichkeit darüber auseinanderzusetzen. Ich habe darauf jederzeit erwidert in dem Sinne, daß ich mich von einem Kollegen, mit dem ich, ich glaube nun sieben Jahre in ziemlich schweren Zeiten, zusammen gearbeitet habe, an dem ich die Eigenschaften, die Sie alle auch von außen her würdigen können, durch das Zusammenarbeiten mit ihm schätzen gelernt habe — die Eigenschaft der Sachkunde ist für mich noch nicht allein maßgebend, aber seine Charakterfestigkeit, seine Entschiedenheit, die Wahrnehmung seines Regierungsbetriebs und seiner gouvernementalen Stellung — ich habe ihm jederzeit darauf erwidert, daß ich mich von einem solchen Kollegen nur aus sachlich zwingenden, nie aus persönlichen, auf augenblicklichen Regungen beruhenden Gründen trennen würde, und daß das Moment, den ich gestern anbeutete, wo möglicher Weise unsere Wege sich trennen könnten, nicht vorliegt. Sie haben gestern vielleicht annehmen können, daß wir unsere Einigung über die Vorlage, die uns heute beschäftigt, nur durch zufällige Verhinderung unserer beiderseitigen Wege gefunden hätten, und daß wir, wie Herr Kaiser sagte, über die Thatsache, aber nicht über die Methode augenblicklich einig wären. Sie haben aus dem über ein Jahr alten Botschaft entnehmen können, daß dies doch nicht in dem Maße der Fall ist, wie vorausgesetzt werden konnte. Sie werden dieses Botschaft sehr verwandt finden den Erklärungen, die ich gestern abgab, allerdings veranlaßt durch das Mißverständnis, daß der Herr Finanzminister seinerseits eine Stellung gegen die Möglichkeit eines Monopols allerdings nicht einnahm, aber anbeutete, daß ein Uebergangsstadium notwendig sei. Aber Sie werden finden, und ich selbst habe mich überzeugt, daß zwischen der Auffassung, die der Finanzminister von Preußen durch Verlesung seines früheren Botschafts bekundet hat, und meiner eigenen ein Unterschied nicht vorhanden ist, und daß deshalb für mich nicht der Moment einer Trennung unserer Bahnen, sondern nur der der Hoffnung vorliegt, daß unsere Wege vielleicht noch weiter zusammenführen können, als ich vor Jahren habe voraussetzen können. Der Zweck meiner Äußerung war ja nur der, das Zeugnis der Wahrheit gemäß abzugeben, was von mir gefordert worden ist. (Große Bewegung. Der Finanzminister schüttelt dem Reichskanzler die Hand.) (Schluß folgt.)

Telegraphische Nachrichten.

Wien, 24. Februar. Anlässlich des beendigten Konklaves und der neuen Papstwahl fand sich das Wiener Kabinet veranlaßt, die italienische Regierung telegraphisch zu der Weisheit und zu der Festigkeit zu beglückwünschen, mit der sie der Zusage, die Freiheit des Konklaves zu sichern, Rechnung getragen habe. Die italienische Regierung habe dadurch allen an der unge störten Vollziehung dieses hochwichtigen Aktes interessierten Staaten einen hervorragenden Dienst zu leisten gewillt.

London, 23. Febr. Wie der „Standard“ meldet, ist die Kanalflotte nach Malta beordert worden, wo ihr weitere Befehle zugehen werden.

New York, 22. Febr. Hier eingegangene Nachrichten aus Panama vom 13. d. bestätigen, daß in Callao durch Wasserhosen große Verheerungen angerichtet worden seien und melden, daß in Zouique und Arica am 23. v. M. Erdbeben stattfanden, die indessen nur unbedeutenden Schaden anrichteten. Von einem Erdbeben in Lima erwähnen die Nachrichten Nichts.

New York, 23. Februar. Gestern hat in Toledo eine Nationalkonvention von Anhängern des Systems des Fidejuciarumlaufes der f. g. Greenbacks stattgefunden. Es waren Angehörige von 28 Unionsstaaten anwesend. Die Versammlung nahm mehrere Resolutionen an, in welchen die Bildung einer neuen politischen Organisation unter dem Titel „Nationalpartei“ befürwortet wird. Das Programm derselben spricht sich für die Aufrechterhaltung des Fidejuciarumlaufes der Greenbacks aus, sowie dafür, daß der Regierung allein das Recht zur Ausgabe jeder Art Geld, sei es in Papier sei es in klingender Münze, zustehen soll. Ferner sprechen sich die Resolutionen für die Abschaffung des Fidejuciarumlaufes der Noten der Nationalbanken aus; die Silberausprägung soll auf demselben Fuße stattfinden, wie die Goldausprägung. Ferner werden befürwortet die Einführung einer Steuer auf die Staatsrenten, die Wiederherstellung der Steuer auf gewisse besondere Einnahmen, die Entwicklung der Hilfsquellen des Landes behufs Hebung der Arbeit, die Verminderung der Arbeitszeit in den Fabriken, die Beschränkung der Einwanderung aus China. Die Konvention sprach sich schließlich mißbilligend über die Amendements des Senats zur Bland'schen Silberbill aus.

Verantwortlicher Redakteur: Dr. Julius Wagner in Posen.
Für das Folgende übernimmt die Redaktion keine Verantwortung.

Auktion.

Mittwoch, den 27. d., Vormittags 10 Uhr, werde ich Bronzerplatz Nr. 1 einen zweiflügeligen eleganten Coupe-Wagen, Mahagoni-Schränke, Kommoden, Tische, Bettstellen u. c. gegen gleich baare Zahlung versteigern.

Zindler, Königl. Auktions-Kommiss.

Interims-Theater.

Dienstag, den 26. Februar 1878.
Unwiderstehlichstes letztes Gastspiel des Herrn Otto Velsfeld.
Aus Gefälligkeit zum **Benefiz** des Oberregisseur Herrn **Carl Babewitz.**

Der Kaufmann von Venedig.

Schloß Herr Otto Velsfeld
aus Gefälligkeit für den Benefizianten.

Durch die glückliche Geburt eines gesunden kräftigen Töchterchens wurden erfreut

Frank Isaacs u. Frau geb. Jakubowska.
Posen, 24. Februar 1878.

Gewinn-Liste der 4. Klasse 157. k. preuß. Klassen-Lotterie.

(Nur die Gewinne über 210 Mark sind den betreffenden Nummern in Parenthese beigelegt.)

Berlin, 23. Februar. Bei der heute beendeten Ziehung sind folgende Nummern gezogen worden:

41 54 82 (1500) 154 237 76 82 97 (300) 347 (1500) 82 419 49
516 64 601 6 7 (300) 29 43 51 758 80 810 18 22 42 52 914 (600)
84 1047 83 104 226 (300) 94 522 27 72 633 66 707 (300) 9
(300) 10 (600) 25 84 801 5 28 (300) 69 911 60 2005 18 61 83 90
110 (1500) 12 34 239 60 94 (300) 98 332 55 96 405 (300) 69 607
28 50 51 74 94 826 36 69 949 69. 3051 142 54 (3000) 337 45 47
86 (300) 480 537 654 746 55 59 70 72 829 91 956 (600) 61
(1500). 4023 38 84 141 (600) 48 251 64 320 29 95 446 53 579
603 76 724 (3000) 25 96 854 86 (1500). 5066 (3000) 81 136 263
96 332 (600) 44 52 95 449 51 (300) 87 546 (300) 65 (300) 605
(600) 779 87 (300) 99 812 61 902 9 19 26. 6077 102 46 98 237
49 364 70 473 (300) 89 564 611 22 23 74 736 (300) 68 70 814
37 (300) 96. 7036 84 89 (600) 104 28 202 40 79 (1500) 331 437
42 (600) 58 88 592 620 53 74 720 29 (1500) 35 61 (3000) 62 (3000)
65 71 (3000) 91 93 (300) 826. 8019 84 103 249 312 62 423 96
99 503 (1500) 5 17 (300) 603 86 (300) 746 55 (3000) 59 79 855 74
80 99 933 69 90. 9220 (300) 45 349 53 55 62 443 74 (300) 87 95
503 15 622 54 703 10 64 76 828 35.
10068 118 51 89 92 207 8 79 306 51 80 (6000) 427 83 (300)
89 93 545 89 630 36 50 723 51 842 80 85 923 61. 11016 140
60 204 301 63 68 408 (300) 29 35 57 82 508 53 91 642 (300) 76
731 62 824 42 57 58 91 936. 12025 31 93 215 323 50 421 25 46
(600) 72 638 70 706 33 (3000) 42 93 900 38 41 (300). 13012 57 79
156 73 91 (600) 235 331 59 64 81 402 33 48 51 501 87 62 75 601
711 14 (3000) 50 55 805 84 93 (1500). 14008 45 (3000) 98 115 204
52 94 306 47 (300) 63 402 55 (6000) 82 530 40 87 624 27 722
852 73 918. 15058 69 103 20 30 78 249 74 77 316 32 53 84 406
(300) 17 26 66 79 80 (600) 532 56 (600) 676 (300) 732 804 (600)
57 66 972. 16043 79 106 52 53 69 72 231 41 360 (1500) 88 401
30 53 506 74 93 636 62 752 872 (300) 950 67 68 86. 17001 25
156 561 85 728 (3000) 44 (1500) 45 (600) 68 70 848 919 26 30 58
18058 65 82 106 15 220 34 333 65 86 (1500) 430 (600) 524 54
79 604 38 (600) 727 43 (1500) 75 902 78 85. 19010 15 (300) 60
104 203 323 69 79 412 49 582 614 63 773 77 989 (3000).
20043 89 93 (300) 158 63 83 281 88 (300) 399 406 68 503 18
664 716 23 54 805 7 36 37 (300) 47. 21012 28 61 71 97 125 282
(600) 401 5 37 55 81 (3000) 89 (300) 587 631 40 58 899 900 (300)
17 60 73 22041 (300) 81 106 18 28 70 98 215 67 87 307 32 422
(300) 69 97 507 95 614 45 749 51 58 91 805 50 911 (300) 17
(15000) 32 41 68. 23024 154 76 247 69 311 (3000) 28 (600) 466
(600) 501 46 60 645 46 59 760 94 898 921. 24051 129 57 257
(300) 62 (1500) 96 300 44 78 411 22 (300) 37 61 85 (300) 548 (1500)
62 85 (600) 609 718 30 824 28 (300) 92 949 64. 25020 43 (1500)
79 114 17 (450,000) in die Kollette von Westlicher in Bunzlau ge-
fallen 51 88 90 217 18 64 98 (3000) 352 60 64 66 (600) 86 91 437 504
61 95 632 35 55 (3000) 65 924 (300) 42. 26195 356 (600) 65 467
68 502 41 44 95 603 7 52 (300) 718 56 93 807 (300) 66 99 932
92. 27009 (600) 88 103 (300) 9 16 (300) 33 56 273 97 318 32 34 37
59 (1500) 95 469 502 59 96 645 47 98 723 57 58 89 (300) 837
38 53 920 (3000) 36 51 75 28354 72 75 127 40 42 204 10 325 96
419 532 685 94 725 872 948 81. 29072 75 86 131 46 223 36
42 59 394 (300) 510 43 (1500) 627 52 717 40 49 827 39 40 69 86
908 23.

30029 58 98 116 71 87 352 62 470 (300) 614 15 16 (300) 21
(300) 24 44 (600) 718 22 32 79 845 65 92 937 43 56. 31057 75 80
139 249 63 88 302 16 420 31 (600) 69 518 34 48 88 91 609 56
80 776 97 824 903. 32030 99 (3000) 101 47 72 200 58 73 360
64 77 438 60 525 65 92 762 71 813 66 934 (600). 33058 81 184
210 (300) 32 304 35 97 (600) 420 504 40 90 811 18 91 983 92
(300) 97 (300). 34008 73 154 215 43 80 338 66 (300) 99 429 46
48 573 614 66 728 (300) 29 (300) 861 916 39. 35024 (3000) 167
99 251 (1500) 74 (300) 314 412 546 (1500) 632 61 74 733 51
947. 36039 86 128 88 273 77 83 95 (1500) 369 458 516 68 617
31 39 756 851 62 76 (1500) 920 48 80. 37028 103 21 (300)
293 315 767 99 815 33. 38023 25 (300) 68 100 46 (3000) 56 201
60 94 318 68 83 448 73 94 551 603 813 41 (600) 54 (300) 76 910.
39139 82 (300) 228 301 27 60 84 472 92 (300) 521 92 618 28
(300) 714 56 66 89 908 37 52 54 (400).
40003 (600) 43 131 62 73 (300) 228 92 88 452 72 94 519 22
34 40 59 67 92 630 35 43 69 77 97 (600) 713 (300) 27 (600) 805
907 33. 41010 59 340 58 (300) 93 483 95 543 605 12 43 73 (3000)
80 732 90 818 66 953. 42036 28 (3000) 190 209 57 (3000) 429
41 99 524 660 71 713 827 (3000) 50 58 89 918 38. 43086 99
101 33 (6000) 59 208 (3000) 10 (300) 15 54 390 456 563 623 28
72 733 921. 44058 65 66 153 98 264 74 327 68 415 573 728
33 36 859 967 70 (300). 45052 177 200 14 32 (300) 54 (300) 78
(300) 300 (3000) 414 584 651 80 88 778 825 34. 46078 80 139
296 314 36 52 627 (1500) 44 84 701 (300) 10 (300) 75 828 40.
47010 100 218 51 356 80 466 (3000) 519 30 43 53 62 69 77 83
630 38 702 17 35 40 950 57 95. 48016 32 59 93 170 (300) 257
73 366 70 408 30 60 88 509 644 (300) 739 832 959. 49022 23
48 (600) 140 50 259 526 80 86 90 66 674 742 848.
50079 (600) 104 59 274 392 510 43 528 69 (600) 85 87 (600)
723 43 94 821 (3000) 83 90 (300) 986. 51037 38 49 (300) 85 152
327 443 83 576 625 (3000) 708 39 42 (3000). 52024 (300) 25 45
80 110 52 223 94 (600) 96 380 (300) 87 (600) 435 50 507 23 45
608 18 (600) 34 47 (300) 56 745 55 62 67 97 868 997 (1500). 53037
45 49 74 (300) 76 133 39 46 211 (600) 36 40 381 412 34 (1500)
515 55 64 638 62 76 (300) 92 96 705 (300) 34 (3000) 53 807 26
938. 54064 (15000) 141 61 87 245 337 39 41 (600) 430 87 527 28
613 55 852 89 (3000) 948 68. 55004 68 116 (3000) 62 251 307 10
46 62 96 435 39 (3000) 53 55 89 546 61 690 (3000) 719 53 86 95
853. 56082 (3000) 93 134 82 274 (3000) 76 83 373 (1500) 422 (300)
58 537 45 697 703 27 57 863 912 17 53 (300) 73. 57004 30 49
109 19 244 70 320 37 91 466 574 633 (1500) 89 (600) 98 (1500)
709 (1500) 14 (3000) 21 79 886 87 917 43 55 60 90. 58027 77 92
140 56 79 250 306 419 599 684 764 83 824 65 89 900 85 (1500).
59000 26 60 63 120 64 (300) 200 64 89 305 62 84 457 68 571
(3000) 663 86 (300) 770 964 96.

60092 96 127 66 74 87 287 389 415 (300) 646 58 746 815
19 (600) 51 67 981. 61012 97 110 35 78 (3000) 249 301 21 (300)
58 462 574 88 89 629 35 732 50 817 40 83 93 910 20 50 85.
62073 91 105 19 (300) 25 66 225 52 (300) 99 318 28 44 (600) 67
85 473 680 700 29 42 889 996 (300). 63023 242 (600) 70 308
85 514 70 78 90 611 44 46 68 725 23 35 810 (600) 69 83. 64067
156 62 243 80 315 65 458 89 (600) 535 (1500) 50 632 43 (3000)
711 (300) 815 74 905 42. 65020 110 32 64 72 81 85 286 93 381
414 (3000) 528 632 713 23 31 48 87 836 (1500) 47 (300) 57 949
94. 66010 18 81 (300) 132 (3000) 471 74 (300) 93 549 (300) 714
49 836 49 992. 67005 51 60 97 123 83 264 75 345 (300) 83 401
11 15 647 49 91 713 (600) 50 69 (1500) 831 990 (300). 68148
247 49 375 445 (300) 515 52 (1500) 54 83 84 (1500) 621 28 45 79
83 759 77 85 830 47. 69086 89 154 (3000) 83 (300) 86 231 63
64 331 (600) 427 509 (3000) 14 52 88 785 802 51 86 943 (300) 93.
70133 291 (600) 315 (600) 90 424 (3000) 82 542 47 75 631
840 61. 71000 16 29 54 (300) 93 198 219 42 342 45 58 91 97
418 (300) 40 83 (3000) 86 529 65 85 94 604 63 75 831 909 (300)
84. 72023 62 91 156 97 99 211 99 335 53 65 96 400 673 727
83 84 88 (1500) 99 913 48 57 69. 73059 219 31 79 83 85 322 44
(300) 73 463 (300) 89 514 (3000) 28 (600) 620 709 51 83 86 850 964.
74004 74 81 109 29 33 (300) 88 239 (600) 79 326 66 404 94 512
52 75 630 56 68 764 (600) 94 886 912 21 54. 75027 65 109 26
33 (300) 54 89 305 38 (1500). 412 46 53 631 50 60 700 78 807 19
54 57 78 86 (300) 91 926. 76048 95 (1500) 179 88 208 80 363 76
91 444 554 66 67 77 78 (300) 655 (300) 58 98 717 (3000) 858 93
974. 77116 36 73 246 322 437 92 526 47 (300) 84 611 33 51
66 737 809 64 68 940 72 91. 78168 85 202 379 97 411 508 37
49 84 631 65 707 74. 79097 (1500) 151 68 249 (600) 67 (300) 78
93 (600) 350 59 79 408 32 77 78 534 64 605 (1500) 724 (300) 58
925 28.

80002 3 (600) 84 112 18 240 63 (1500) 88 303 7 33 53 78
420 38 615 24 34 (600) 37 56 78 701 21 27 89 822 79 930 97.
81020 138 79 235 (300) 40 47 51 306 9 (1500) 20 447 68 505
665 786 802 18 37 (600) 47 90 905 31 54. 82042 55 127 60 251
343 74 (1500) 75 78 474 509 21 26 (600) 652 54 98 786. 83146
71 (3000) 234 406 26 41 6 8 554 61 623 62 837 (1500) 40 96 978.
84000 5 (300) 8 40 207 57 (1500) 59 346 54 454 (300) 536 56
617 59 785 875 939 62 79. 85022 115 (3000) 56 206 (300) 76
309 456 (300) 669 88 709. 86027 139 52 (1500) 223 (300) 29
347 58 78 406 36 569 73 651 84 707 67 804 976. 87023 65
150 82 223 49 379 409 36 71 503 88 605 16 48 60 (600) 68
794 820 23 (300) 46 80 92 930 39 (300). 88069 74 170 270 310
17 29 83 422 38 (300) 505 15 22 (3000) 43 63 615 50 78 80 (300)
833 53 957 71. 89056 134 99 307 67 400 4 16 42 99
576 86 98 683 93 713 37 61 813 (300) 25 29 76 85 (300)
907 51 90.

90110 89 94 265 (600) 303 (1500) 433 82 623 66 820 30
993. 91031 40 95 (3000) 132 57 82 274 (300) 307 (300) 97 463 79
(300) 554 783 (1500) 914 68. 92010 43 (3000) 95 101 10 212
374 469 521 23 632 763 73 78 93 (300) 831 73 900 66 81 90.
93004 (3000) 26 97 107 (300) 33 98 99 407 519 77 97 6

Druck und Verlag von B. Deder und Comp. (H. Büchel) in Bosen.